

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 113 Anfrage Spring Laura und Mit. über schädliche PFAS im Luzerner Grundwasser / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Laura Spring ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Laura Spring: Das Thema PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen) ist von noch grösserer Aktualität als zum Zeitpunkt, als ich die Anfrage eingereicht habe. Der Kanton St. Gallen hat in Böden und Milchproben so hohe PFAS-Werte gemessen, dass einige Landwirtschaftsbetriebe Einschränkungen in der Vermarktung haben. Der Regierungsrat hat meine Anfrage zwar beantwortet, beim Lesen der Antworten stellen sich jedoch viele weitere Fragen. Im Kanton Luzern wurden 24 Grundwassermessstellen untersucht. An 11 Messstellen wurden PFAS nachgewiesen. Die Werte lagen jedoch unterhalb von 0,1 Mikrogramm pro Liter. Nun zeigt sich am Beispiel St. Gallen, dass auch Böden hohe Werte aufweisen können und dadurch wiederum auch Lebensmittel. Der Kanton St. Gallen gehört schweizweit zu den ersten Kantonen, welche die Untersuchungen zur PFAS-Belastung ausgedehnt erheben. Bisher gibt es nur wenige Erfahrungswerte zur Senkung der PFAS-Belastung. Der Vollzug der Belastungsreduktion liegt zwar bei den Kantonen, der Bund macht jedoch bis jetzt nur wenige einheitliche Vorgaben, obwohl PFAS ein schweizweites Problem darstellen. Der Kanton St. Gallen fordert nun einen nationalen PFAS-Aktionsplan. Das sollte der Kanton Luzern unbedingt auch tun. Die aktuelle Ausgangslage ist für die Gesundheit, die Umwelt und auch für Landwirtschaftsbetriebe gefährlich, denn wer kann für solche Schäden am Schluss haften? Wichtig ist, dass der Kanton nun auch Böden untersucht und nicht nur das Wasser, sodass auch den Landwirtschaftsbetrieben genaue Angaben gemacht werden können, welche Flächen belastet und welche unbelastet sind und weiterhin für die Lebensmittelproduktion genutzt werden können. Es geht um die Gesundheit von uns allen. Daher ist es wichtig, genau hinzuschauen, bevor die Schäden noch grösser werden. Das Beispiel der PFAS zeigt auch, wie komplex solche Umweltprobleme sind, denn die PFAS gelangen aus verschiedenen Quellen und Branchen in unser Wasser und in unsere Böden: aus dem Klärschlamm, wie im Beispiel von St. Gallen, aber auch aus Feuerlöschschaum und aus Pflanzenschutzmitteln. Die Landwirtschaft hat deshalb ein Interesse daran, solche Pflanzenschutzmittel nicht mehr zu verwenden. Die Grüne Fraktion erwartet von der Regierung, dass sie diesem Thema die nötige Beachtung schenkt und ebenso wie der Kanton St. Gallen beim Bund aktiv wird. Nicht nur die Landwirtschaft hat das Problem, sondern auch die Baubranche ist von den belasteten Böden betroffen. Auch dort gilt es die Haftungsfrage zu stellen. Es zeigt sich, dass der Kanton Luzern auf diese Herausforderung wahrscheinlich noch nicht gut vorbereitet ist.

Simon Howald: Sauberes, unbelastetes Wasser ist für Menschen, Tiere und Pflanzen essenziell. Es ist unsere Grundlage für ein gesundes Leben – heute und auch in Zukunft. Deswegen müssen wir diese natürliche Ressource stets umsichtig nutzen. Gemäss der Antwort des Regierungsrates wurden die heute vorhandenen Grenzwerte bei den 24 Grundwassermessstellen des Kantons Luzern eingehalten. Aus Sicht der GLP-Fraktion sollen diese Messungen auf jeden Fall weitergeführt werden, um die Belastung auf das Wasser auch in Zukunft aufzuzeigen und im Schadensfall darauf zeitnah reagieren zu können. In der Schweiz verfolgen wir das Vorsorgeprinzip. Gemäss dieser Vorgabe ist jede potenziell schädliche oder lästige Umwelteinwirkung – unabhängig vom wissenschaftlichen Nachweis der Schädlichkeit – auf ein Minimum zu beschränken oder ganz zu vermeiden. Nach Meinung der GLP-Fraktion soll die Sensibilisierung wie zum Beispiel durch das erwähnte Merkblatt für die Feuerwehr erweitert werden, um das Bewusstsein zu stärken und ein Umdenken zu initiieren. Die GLP-Fraktion begrüsst ausserdem, dass der Bund zurzeit Grenzwerte für PFAS in den Bereichen der Entsorgung von belastetem Material, der belasteten Standorte, des Bodenschutzes und für die Einleitung in Gewässer erarbeitet. Im Weiteren unterstützen wir es, dass die kantonale Dienststelle aktuell weitere Untersuchungen über das Vorkommen von PFAS im Kanton Luzern prüft.

Sara Muff: In St. Gallen gibt es bei mehreren landwirtschaftlichen Betrieben Einschränkungen beim Verkauf. Im Wallis muss die Fischerei in einem Baggersee pausiert werden. Wir stehen vor einer ernsthaften Herausforderung im Umgang mit sogenannten PFAS, den per- und polyfluorierten Alkylverbindungen, die aufgrund ihrer besonderen chemischen Eigenschaften als Ewigkeitschemikalien bezeichnet werden. Diese Substanzen – die Familien zählt rund 10 000 Mitglieder – werden in einer Vielzahl von industriellen Prozessen und Konsumgütern eingesetzt, da sie wasser-, fett- und schmutzabweisend wirken. Doch genau diese Stabilität, die PFAS für viele Anwendungen so wertvoll macht, führt zu einem gravierenden Problem. Sie bauen sich in der Umwelt kaum ab und können sich in Böden, Gewässern und Organismen anreichern. Wir wollen nicht nur den Nutzen dieser Stoffe wahrnehmen, sondern müssen uns auch frühzeitig mit den Gefahren auseinandersetzen. Gemäss der Lebensmittelsicherheitsbehörde sollte eine Person pro Woche maximal 4,4 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht aufnehmen. Doch das ist nicht so einfach kontrollierbar, denn PFAS sind überall. In der Vergangenheit haben wir bereits gesehen, wie chemische Substanzen, deren Langzeitwirkungen nicht vollständig erforscht waren, zu erheblichen gesundheitlichen und ökologischen Katastrophen geführt haben. Hier droht uns, dass sich dieser Fehler wiederholt. Studien haben gezeigt, dass einige PFAS bereits in minimalsten Konzentrationen gesundheitliche Schäden bei Mensch und Tier verursachen können, darunter Krebs, hormonelle Störungen und Beeinträchtigungen des Immunsystems. Bei vielen PFAS ist jedoch noch nicht abschliessend geklärt, ab welchen Dosen sie tatsächlich schädlich sind. Dies bedeutet, dass wir in einem enormen Unsicherheitsbereich operieren, der ein erhebliches Risiko für die Gesundheit und die Umwelt darstellt. Aus diesen Gründen ist es unabdingbar, PFAS zu monitorisieren und strenge Grenzwerte festzulegen. Wir brauchen umfassende Untersuchungen, um herauszufinden, welche Arten besonders gefährlich sind und wie wir sie am besten ersetzen können. Es kann nicht sein, dass wir in Kauf nehmen, dass sie unkontrolliert in unsere Böden und Gewässer gelangen, während wir noch nicht einmal das vollständige Schadenspotenzial von vielen dieser Substanzen kennen. Grenzwerte müssen auf der Grundlage der neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse festgelegt und wo notwendig angepasst werden. Wir müssen im Kanton Luzern eine Strategie haben, wie wir mit kontaminierten Böden und Gewässern umgehen. Ein Weideverbot, welches grosse Flächen betrifft, wäre für die Tiere und die Landwirtschaft fatal. Nur so können wir die

Gesundheit der Menschen und unserer Umwelt nachhaltig schützen.

Sabine Heselhaus: Es ist ein globales Problem, das nicht lokal zu lösen ist. Es ist ein Problem, das wir durch unseren Konsum und mit Achtsamkeit vielleicht etwas in den Griff bekommen können. Wussten Sie, dass es fast 5000 Derivate gibt, die immer mal wieder aus dem Markt genommen werden, weil sie krebserregend sind, aber immer wieder durch neue Derivate ersetzt werden? Die gibt es auch in Verbrauchsmaterialien für die Medizin, die zum Retten von Leben notwendig sind. Umso mehr müssten wir in die Prävention investieren, uns gesund erhalten und möglichst wenig dieser Materialien benutzen. Das Thema ist sehr relevant und wird in Zukunft noch relevanter werden, weil wir die Auswirkungen nicht kennen. Wir müssen nicht nur ein Monitoring dieser Stoffe haben, sondern dafür sorgen, dass wir nachhaltiger leben.

Gaudenz Zemp: Ich bin definitiv kein Experte, was PFAS angeht. Aber selbstverständlich hat auch die FDP-Fraktion dieses Thema wahrgenommen. Es scheint uns wichtig, dass schnell eine gewisse Klarheit geschaffen wird und es nicht zu einer grossen Verunsicherung kommt. Die Forderung von Laura Spring, dass wie im Kanton St. Gallen nebst dem Wasser auch die Böden kontrolliert werden, leuchtet uns ein. Es ist uns auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Landwirtschaft nicht dafür verantwortlich ist und aufgezeigt werden soll, woher dieses Problem stammt.

Michael Kurmann: Die Mitte-Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass die Grenzwerte sehr deutlich unterschritten werden. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst sein, dass es sich hier wie von Sara Muff erklärt um Ewigkeitschemikalien handelt. Deshalb wird man mit einer Aufkonzentration rechnen müssen, das heisst, dass es zu keiner Abnahme, sondern zu einer Zunahme kommt. Es ist uns wichtig, dass ein Verbot EU-weit erfolgen muss. Wir können als Kanton kein lokales Verbot durchsetzen. Das Thema der Böden scheint uns ebenfalls wichtig. Ich rufe in Erinnerung, dass der Kanton zurzeit unzählige Hektaren Fruchtfolgeflächen kartiert und deshalb unter anderem Bodenproben entnommen werden. In diesem Zusammenhang könnten auch Proben für den Nachweis von PFAS entnommen werden, ohne dass dabei ein grosser Mehraufwand entsteht. Diese Anregung würde ich der Regierung gerne mit auf den Weg geben.

Sandra Meyer-Huwyl: Wir alle sind schon einmal mit PFAS in Berührung gekommen. Jüngst sind diese zu Problemstoffen befördert worden. Sie können – so nimmt man an – in den Nahrungskreislauf gelangen und Organe von Mensch und Tier schädigen. Aber es ist alles etwas diffus, es geht dabei um Annahmen. Die PFAS sind momentan in den Medien sehr präsent und sorgen für Schlagzeilen. Der Kanton Wallis ist Vorreiter bei der Sanierung von PFAS-Altlasten. 2021 wurde im Wallis eine Strategie festgelegt, und mehrere Massnahmen wurden umgesetzt. Es geht dabei vor allem um Standorte, die mit PFAS-haltigem Löschschaum verschmutzt wurden. Ein weiteres Beispiel ist der Kanton St. Gallen. Dort wurden aktuell sehr hohe Werte gemessen, die wahrscheinlich auf die frühere Ausbringung von Quellschlamm auf landwirtschaftlichen Feldern zurückzuführen sind, ein günstiger Dünger. Es handelt sich aber überall noch um Annahmen. Plötzlich hat man unverkäufliche Ware. Da stellt sich mir die Frage, wer für den Schaden aufkommt. Schweizweit wurden Messungen durchgeführt, auch im Kanton Luzern. Die Messwerte sind aber alle unter dem Schweizer und EU-Grenzwert. Das ist gut so. Es stellt sich auch die Frage, ob man im Kanton Luzern allenfalls noch weitere kontaminierte Stellen findet, vielleicht auch mit ähnlich hohen Werten wie in St. Gallen. Wir fragen uns deshalb, ob die Regierung einen Massnahmenplan hat. Der SVP-Fraktion ist es sehr wichtig, dass jederzeit transparent informiert wird.

Martin Wicki: Es ist sicher wichtig, dass etwas unternommen wird. Es wurde heute aber noch nicht gesagt, woher diese Stoffe stammen. Sie stammen beispielsweise aus Kosmetika

oder Wärmepumpen. Wir müssen uns deshalb schon überlegen, was wir fördern und welche Schäden wir dadurch verursachen. Ich glaube, wir müssen ehrlich sein und einander in die Augen schauen, bevor wir weitermachen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Thematik von per- und polyfluorierten Alkylverbindungen, kurz PFAS, ist in den Medien präsent, weil in St. Gallen punktuell auf weiteren belasteten Flächen zu hohe Werte gemessen wurden. Auch im Fleisch von Tieren der betroffenen Betriebe konnten PFAS nachgewiesen werden. Dort greifen nun die neuen Höchstwerte für PFAS-Rückstände in Lebensmitteln, die der Bund unter anderem für Fleisch, aber auch für anderes eingeführt hat. Als Ursache wird in vielen Fällen Klärschlamm aus Abwasserreinigungsanlagen vermutet. Dieser durfte bis 2006 als Dünger auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden. Das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit sammelt nun zusammen mit den Kantonen mehr Daten, um zu prüfen, ob die Grenzwerte auf weitere Lebensmittel auszudehnen sind. Diese Frage ist auch an der nächsten Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK) ein Thema. Der Kanton St. Gallen ist zudem beim Bund vorstellig geworden. Wir, aber auch andere Kantone unterstützen die Initiative des Kantons St. Gallen, damit in der ganzen Schweiz möglichst bald Klarheit herrscht. Die vorliegende Anfrage bezieht sich auch auf das Grundwasser im Kanton Luzern. An 11 von 24 Messstellen, also an etwas weniger als der Hälfte, konnten PFAS nachgewiesen werden. Allerdings wurde an keiner Stelle der gesetzliche Grenzwert überschritten. Wie geht es weiter? Die Dienststelle Umwelt und Energie prüft weitere Untersuchungen über das Vorkommen von PFAS gemeinsam und in Abstimmung mit dem Bund und anderen Kantonen. Ich nehme die Anregung von Michael Kurmann bezüglich der Aufnahme der Fruchtfolgeflächen mit. Ob das einfach umsetzbar ist, wird sich zeigen. Wir haben keine Messpunkte nach einer sinnvollen Verteilung, sondern sind einfach dort, wo wir gerade arbeiten. Ich prüfe die Anregung aber trotzdem. Wir werden an diesem Thema dranbleiben müssen.